

oö Informiert

Nr. 4, 2020

Österreichische Post AG SP 17Z041006S, 4040 Linz



*Frohe
Weihnachten*

und ein gutes neues Jahr.
Erhalten wir auch in „Corona-Zeiten“
unsere Bräuche und Traditionen.

Ihr

Landeshauptmann-Stv.
Dr. Manfred Haimbuchner
Landesparteiobmann

Corona:

**Neue
Zuversicht**

Seite 2

OÖ-Plan:

**1,2 Mrd für
Investitionen**

Seite 8

Bauernschaft:

**Landwirtschafts-
kammerwahl**

Seite 10-11



Menschen brauchen **neue Zuversicht**

Eine Mitte November in Wien präsentierte Gallup-Studie belegt, wie stark die Corona-Krise das Land gespalten hat. Dabei steigen die Zweifel an der Lösungskompetenz der Bundesregierung. FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner fordert daher eine politische Vision und mehr Weitblick. „Die Menschen brauchen jetzt neue Zuversicht. Aufgabe der Politik ist es, diese Zuversicht Realität werden zu lassen.“

Die Österreicher blicken mit immer größerer Sorge in die Zukunft. Statt Sacharbeit und zukunftsorientierten Maßnahmen in der Corona-Krise betreibt die Bundesregierung eine Show-Politik. Die Folge sind nicht nur unbrauchbare und reparaturbedürftige Verordnungen, viele Bürger sind zutiefst verunsichert. Laut einer Gallup-Studie gehen mittlerweile 63 Prozent der Befragten davon aus, dass die wirtschaftlichen Folgen der Anti-Corona-Maßnahmen mehr Menschen betreffen werden, als Corona selbst. Das zeigt, wie gespalten das Land in dieser Frage mittlerweile ist.

Grundsätzlich haben viele Menschen in Österreich Verständnis für die freiheitsbeschneidenden Maßnahmen. Zugleich gibt es aber auch starke Ängste vor den Folgen der aktuellen Corona-Politik. „Wir brauchen eine politische Vision, über das Management und die Bekämpfung von Corona hinaus“, geht es laut Haimbuchner darum, Wirtschaft und Umwelt eben-

so wie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Sicherheit stärker in Einklang zu bringen. „Ich glaube, wir brauchen auch weiter unsere starke Industrie- und Wirtschaftspolitik. Dringend nötig sind steuerliche Entlastungen für Unternehmen, um Arbeitsplätze im Land zu sichern. Eine Senkung im Bereich der Einkommenssteuer

würde auch zahlreiche Einzelunternehmer entlasten“, so Haimbuchner.

„In der Gesundheitsversorgung muss die Versorgung im ländlichen Raum gestärkt werden. Wir brauchen mehr niedergelassene Ärzte“, hebt der FPÖ-Landeschef hervor, dass das so wichtige Pflege Thema untrennbar mit einer funktionierenden, dezentralen ärztlichen Versorgung verbunden sei. Anreizsysteme seien nötig, um junge Ärzte auch für den ländlichen Raum zu finden.

„Laut einer Gallup-Studie gehen mittlerweile 63 Prozent der Befragten davon aus, dass die wirtschaftlichen Folgen der Anti-Corona-Maßnahmen mehr Menschen betreffen werden, als Corona selbst.“

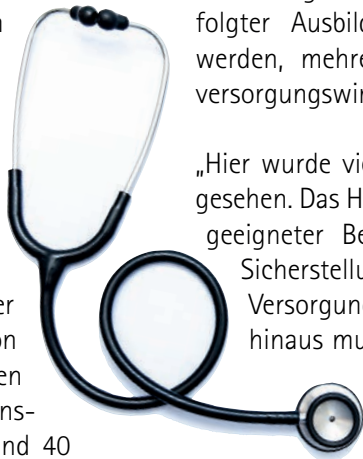
Landeshauptmann-Stv.
Landesparteiobmann
Dr. Manfred Haimbuchner



Landtag fordert Heimat-Stipendium für Medizinstudenten

„Im Gesundheitsbereich macht uns insbesondere der Ärztemangel immer mehr zu schaffen. Wir haben daher im Landtag im Oktober einen Antrag an die Bundesregierung zur Einführung eines Heimat-Stipendiums initiiert, der schließlich von allen Parteien mitgetragen wurde. Dabei geht es darum, heimische Medizinstudenten nach Abschluss eine gewisse Zeit an unser österreichisches Versorgungssystem zu binden“, so Klubobmann Ing. Herwig Mahr.

Rund 40 Prozent der Mediziner verlassen nach ihrem Abschluss Österreich. Das verstärkt den Ärztemangel. Besonders brisant ist die Lage in Oberösterreich bei niedergelassenen Allgemeinmediziner. Derzeit ordinieren hier 711 Hausärzte. 286 davon erreichen in den nächsten zehn Jahren ihr Pensionsantrittsalter. Das sind rund 40 Prozent aller Hausärzte. Eine Nachbesetzung offener Kassenarztstellen wird immer schwieriger, wie auch die Statistik der Ärztekammer zeigt. Die FPÖ hat daher einen Antrag an den Bund zur Schaffung eines Heimat-Stipendiums für Medizinstudenten initiiert, der mit den Stimmen aller Parteien beschlossen wurde. Durch den Erhalt der Förderung



sollen angehende Mediziner nach erfolgter Ausbildung dazu verpflichtet werden, mehrere Jahre in Österreich versorgungswirksam tätig zu werden.

„Hier wurde viel zu lange tatenlos zugehört. Das Heimat-Stipendium ist ein geeigneter Beitrag zur nachhaltigen Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung in Österreich. Darüber hinaus muss mit der EU eine neue Quotenregelung bei den Medizinstudiengplätzen in Österreich ausverhandelt werden.

Derzeit sind 20 Prozent für EU-Bürger und fünf Prozent für Drittstaatsangehörige vorgesehen. In Anbetracht des drohenden Versorgungsengpasses soll hier eine Österreich-Quote von 90 Prozent angestrebt werden“, hebt Klubobmann Mahr die klare Haltung der FPÖ hervor.



Corona:

OÖ fordert „Handwerkerbonus Neu“

In der Oktober-Sitzung des Landtages wurde von allen Parteien ein Antrag an den Bund einstimmig verabschiedet, wonach es bundesweit einen überarbeiteten Handwerkerbonus geben soll.

Konkret soll die Förderhöhe pro Person 25 Prozent der Kosten betragen, jedoch maximal auf 5.000 Euro pro Jahr begrenzt. Zudem soll eine Erweiterung des Anwendungsbereiches auf Arbeiten an Außenanlagen geschaffen und der Fördertopf für den Handwerkerbonus aufgestockt werden. Angesichts der Corona bedingten Wirtschaftskrise ist diese Anreizförderung ein taugliches Mittel, um Arbeitsplätze zu sichern.

Für die FPÖ Oberösterreich sei es notwendig und zielführend, diesen Bonus ehestmöglich einzuführen. Die oberösterreichischen Handwerksbetriebe schaffen hochwertige Arbeitsplätze, bilden Lehrlinge aus und leisten somit einen wesentlichen Beitrag für die österreichische Volkswirtschaft. Durch diese Ausweitung werden noch mehr Konsumenten und Unternehmen profitieren. Klar muss sein, dass ausschließlich Rechnungen von österreichischen Handwerksfachbetrieben eingereicht werden dürfen. Dadurch soll der neue Handwerkerbonus auch seinem Namen gerecht und möglichst unbürokratisch abgewickelt werden können.



Klubobmann Ing. Herwig Mahr



Landesrat Mag. Günther Steinkellner (re.) und Vizebürgermeister Dipl. Ing. Markus Hein: Neue Donaubrücke auf bestem Weg zur Fertigstellung.

2020 als Jahr des Linzer Brückenbaus

Gemeinsam haben sich Landesrat Mag. Günther Steinkellner und Vizebürgermeister Dipl. Ing. Markus Hein vor Ort über den großen Fortschritt überzeugt. „Trotz Corona-Pandemie steht 2020 im Zeichen des Brückenbaus“, so die für Infrastruktur im Land und der Stadt Linz zuständigen Referenten. Bund, Land und Stadt investieren für alle neuen Donauquerungen zusammen fast 350 Millionen in die Verbesserung der Brückeninfrastruktur.

Die Neue Donaubrücke sei auch Grundvoraussetzung für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. „Sowohl die Stadtbahn als auch die O-Buslinien werden zukünftig die Brücke befahren und den Verkehr nachhaltig in Linz entlasten“, wartet man laut Steinkellner derzeit

auf Informationen aus Wien über letzte Finanzierungsdetails. Das Land Oberösterreich stelle für den ersten Ausbauschritt mit dem OÖ-Plan die Mittel bereit.

Trotz sehr komplexer Konstruktion und Corona-Pandemie rückt die Fertigstellung der neuen Donaubrücke in greifbare Nähe. Ende Oktober wurden die letzten vier Querträger in den Urfahrner Brückenbogen eingefügt. Der Termin für die Verkehrsfreigabe im Oktober 2021 sollte halten, sind Steinkellner und Hein zuversichtlich.



Wasserlandesrat Ing. Wolfgang Klinger

2. Mio Euro für sichere Wasserver- und Abwasserentsorgung

Für den Erhalt einer funktionierenden Wasserversorgung und einer intakten Abwasserwirtschaft werden in den Ausbau und den Erhalt dieser wichtigen Infrastruktur vom Land Oberösterreich für die Wasserversorgung rund 1,5 Millionen und für die fachgerechte Entsorgung von

Abwässern über eine Million Euro zur Verfügung gestellt.



Für Wasser-Landesrat Ing. Wolfgang Klinger sind die diversen Projekte, die hier gefördert werden, „ein wichtiger Faktor für die Sicherstellung der Wasserversorgung der Bevölkerung und zum Schutz unserer Umwelt.“

Studie:



Wie vereinbar sind Familie und Beruf?

Für die meisten Familien ist es über viele Jahre die bestimmende Frage: Wie lassen sich Arbeit und Kinder vereinbaren? Gerade die Corona-Krise hat dieses Spannungsfeld erneut aufgezeigt. Landeshauptmann-Stv. und Familienreferent Dr. Manfred Haimbuchner hat eine Studie dazu vorgestellt.

In den letzten Jahrzehnten haben Familienfreundlichkeit, Familienorientierung und verwandte Begriffe auch in Wirtschaft und Arbeitsmarkt immer mehr an Bedeutung gewonnen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass der Fachkräftemangel Arbeitgeber dazu anregt, für die Mitarbeiter möglichst optimale Bedingungen zu schaffen. Dazu gehört auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Entscheidend hierfür ist eine familienfreundliche Unternehmenskultur, die von allen Beteiligten gepflegt wird. Unternehmen, die hier beispielhaft vorangehen, werden regelmäßig mit dem „Felix Familia“-Preis des Landes Oberösterreich ausgezeichnet, so dieses Jahr die TGW

Logistics Group aus Marchtrenk.

Tatsächlich möchten sich auch immer mehr Männer der Erziehungsarbeit widmen. Von einer starken emotionalen Bindung zu beiden Elternteilen profitieren schließlich auch die Kinder. So belegen Studien, dass eine „aktive Vaterschaft“ zahlreiche positive Effekte auf die Kinder hat. Buben brechen dann seltener die Schule ab, tendieren weniger zu Drogen und Gewalt. Jedoch hat sich in der Corona-Krise auch gezeigt, dass vor allem Frauen die Lasten des Lockdowns zu tragen hatten. Insgesamt wurden Familien und Unternehmen vor neue Belastungsproben gestellt.

Die von Prof. Mazal erarbeitete und präsentierte Studie kommt zu zahlreichen Ergebnissen. So sollten Staat und Unternehmen vor allem auf flexible Modelle der Kinderbetreuung setzen. Ein von der SPÖ geforderter Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr ginge hingegen an der Realität vorbei. Dieses Modell wäre teuer und würde nicht den Bedarf treffen. Und genau darum geht es im Kern: Familien dort zu unterstützen, wo sie es brauchen, wo ihr Bedarf ist. Dazu gehören zum Beispiel flexible Kinderbetreuungseinrichtungen, finanzielle Unterstützung oder der Ausbau von Tageseltern.

Foto: Land OÖ/Daniel Kauder

Landeshauptmann-Stv.
Dr. Manfred Haimbuchner:
„Familien dort unterstützen,
so sie es brauchen“.





Die bürgerliche Revolution

Wie wir unsere Freiheit und unseren Wohlstand erhalten

Bereits zum 20. Mal tagte der Liberale Klub Oberösterreich im Vereinshaus des Kaufmännischen Vereins in Linz und diskutierte die aktuelle Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf unsere Gesellschaft. Mit dem Buchautor und Volkswirt Dr. Markus Krall konnte ein Hauptredner gewonnen werden, der in seinem Referat vor allem die Währungspolitik der EZB kritisierte. Mit ihm diskutierten am Podium Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner, Generaldirektor a. D. der Sparkasse OÖ, Dr. Michael Rockenschau und Univ.-Prof. Dr. Teodoro Cocca, der Asset Management an der JKU Linz unterrichtet. Unter Einhaltung der coronabedingten Auflagen und Sicherheitsmaßnahmen war die Veranstaltung sehr gut besucht.

„Die Coronakrise ist nicht Ursache, sondern nur Auslöser und Verstärker der Wirtschaftskrise. Unsere Wirtschaft leidet durch falsche Geldpolitik, die ich Geldsozialismus nenne, an Vorerkrankungen: Ausgehöhlte Banken, zombifizierte Realwirtschaft – überdeckt durch Bilanztricks und seit Anfang Mai amtlichem Bilanzbetrug. Das wird innerhalb der nächsten zwei Jahre zum Crash führen“, konstatierte Markus Krall in seinem Vortrag. „Aus dem Scheitern der geldsozialistischen Ordnung folgt eine epochale gesellschaftliche Krise, die die Parteiendemokratie zum Einsturz bringen wird. Wir müssen diese Krise zur Gestaltung nutzen.“ Dazu seien viele politische Maßnahmen notwendig, wie etwa Deregulierungen, Einsparungen bei den Staatsausgaben, oder auch eine Bil-

dungs- und Verteidigungsreform.

„Politik ist immer das Bohren von dicken Brettern. Die Kritik ist richtig und notwendig, die Reformen sind allerdings nicht in Sichtweite. Beim Krisenmanagement der Bundesregierung hat man sich fast ausschließlich dazu entschlossen, die Krise als PR-Event zu behandeln“, kritisierte Manfred



Haimbuchner die politischen Auswirkungen.

Krisenvorsorge sei für die Menschen besonders wichtig, betonte Michael Rockenschau in der Diskussion: „Immobilien und Gold bleiben nach wie vor die sichersten Anlageformen. Sie sind zwar keine Garantie gegen staatlichen Zugriff, aber tragen das geringste Risiko.“

Weniger dramatisch – vor allem was das Scheitern der EZB-Geldpolitik und den möglichen Crash angeht – sah die Situation Teodoro Cocca: „Ich bin mir nicht sicher, wie lange die EZB noch weiter über die Geldmenge auf Krisen reagieren kann, glaube aber, dass das noch sehr lange gut geht und dass unser Wirtschaftssystem richtig auf diese Situation reagieren wird.“



Herbstklausur:

Die Bundesregierung ist im Blindflug

Bei einer Arbeitsklausur Mitte November befasste sich die Spitze der FPÖ Oberösterreich damit, „wie wir das Land bestmöglich aus der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitskrise manövrieren können“, so Klubobmann Ing. Herwig Mahr.

Das sei nicht zuletzt deshalb wichtig, „weil der Schaden der schwarz-grünen Corona-Politik mittlerweile ins Unermessliche gewachsen ist. Statt den Sommer zu nutzen und aus den Erfahrungen des Frühjahr-Lockdowns die richtigen Schlüsse zu ziehen, befindet sich die Bundesregierung nach wie vor im Corona-Blindflug. Seriöse Sach- und Facharbeit möchte man dort offensichtlich lieber durch medienwirksame Auftritte kompensieren – ganz egal, ob sich die anlassgebenden Verordnungen im Nachhinein als völlig unbrauchbar und kontraproduktiv entpuppen.“

Die Freiheitlichen fordern erneut, ein eigenes Oberösterreich-Modell zu schaffen: „Dabei sollen die Stärken anderer Modelle, wie des Schwedischen, übernommen und deren Schwächen ausgebessert werden. Konkret heißt das: umfassender Schutz von Alten- und Pflegeheimen sowie Gesundheitseinrichtungen und Hygienemaßnahmen

bei Veranstaltungen und in der Gastronomie – keine Zwangsimpfungen, die wir ebenfalls ablehnen. Ich persönlich bin kein Impfgegner, aber derartige Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit müssen doch im Entscheidungsbereich des Einzelnen liegen“, so Mahr.

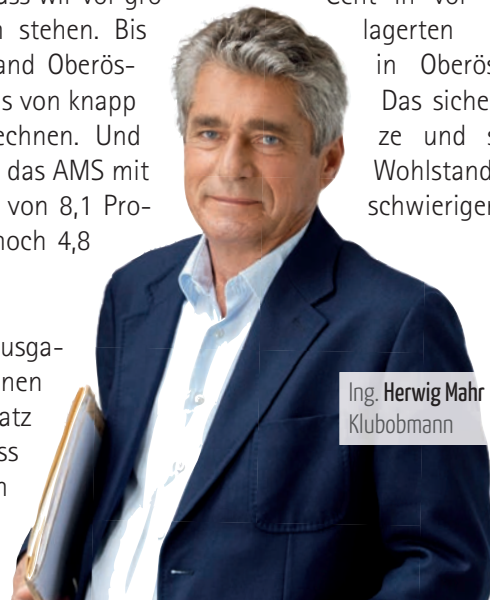
■ Patriotismus-Prinzip in der Wirtschaft

Wirtschaftlich ist klar, dass wir vor großen Herausforderungen stehen. Bis 2024 müssen wir im Land Oberösterreich mit einem Minus von knapp drei Milliarden Euro rechnen. Und für Jänner 2021 rechnet das AMS mit einer Arbeitslosenquote von 8,1 Prozent – 2019 waren es noch 4,8 Prozent.

„Wir müssen auf der Ausgabenseite daher auf einen effizienten Mitteleinsatz achten“, will die FPÖ, dass bei staatlichen Ausgaben in erster Linie heimi-

sche Unternehmen profitieren, „um so eine möglichst große Wertschöpfungskette im Land zu schaffen.“ Von besonderer Bedeutung sind hier Investitionen in den freiheitlichen Ressorts Wohnbau und Infrastruktur, wie erst kürzlich eine Studie des Austrian Economics Center nachwies. Jeder hier investierte Euro löste in den Jahren 2016 bis 2020 eine weitere Wertschöpfung von 79 bis 90

Cent in vor- und nachgelagerten Unternehmen in Oberösterreich aus. Das sichert Arbeitsplätze und schafft damit Wohlstand – auch in schwierigen Zeiten.



Ing. Herwig Mahr
Klubobmann



iFF Oberösterreich:

Familienkalender auch für 2021

„Es freut mich, dass wir auch für 2021 den Familienkalender anbieten können“, so die Landesobfrau der „initiative Freiheitliche Frauen“, NAbg. Rosa Ecker, MBA. Die druckfrische Ausgabe wurde auch heuer wieder gemeinsam mit dem Freiheitlichen Familienverband Oberösterreich, dem Frauen- und dem Familienreferat des Landes Oberösterreich aufgelegt.

„Sichern Sie sich rasch ein Exemplar, denn in den letzten Jahren war der beliebte Familienkalender rasch vergriffen“, ist Rosa Ecker davon überzeugt, dass dieser Kalender einen guten Überblick

über den Familienalltag mit privaten, dienstlichen und schulischen Terminen schafft. Exemplare gibt es über die Bezirksfrauen der „iFF“, in den FPÖ-Bezirksgeschäftsstellen sowie beim Familienreferat des Landes Oberösterreich.

Exemplare gibt es über die Bezirksobfrauen der „iFF“, bei Veranstaltungen der „initiative Freiheitliche Frauen“ Oberösterreich und in den FPÖ-Bezirksgeschäftsstellen sowie beim Familienreferat des Landes Oberösterreich.



Oberösterreich-Plan: Infrastruktur als Rückgrat des Landes

Mit dem Oberösterreich-Plan hat das Land ein Investitionspaket der Superlative auf den Weg gebracht. Das Ziel: Oberösterreichs Wirtschaft gut durch die Krise zu bringen und fit für die Zukunft zu machen. Ein Kernbereich der Investitionen ist der Infrastruktursektor.

Ganze 1,2 Milliarden Euro werden durch den Oberösterreich-Plan zusätzlich im Land ob der Enns investiert. Davon entfallen rund 449 Millionen Euro auf den leistungsstarken und ressourcenschonenden Ausbau der Infrastruktur. Von den entsprechenden Aufträgen an die Privatwirtschaft profitieren heimische Unternehmen und dadurch werden zahlreiche Arbeitsplätze während und nach der Krise gesichert. So gehen im Straßenbau im langjährigen Schnitt beispielsweise nur etwa ein Prozent der Aufträge an nicht-österreichische Unternehmen – der Rest des Geldes und der Wertschöpfung verbleibt in Österreich, hauptsächlich in Oberösterreich. Gleichzeitig bedeutet eine verbesserte Infrastruktur Vorteile für die Wirtschaft in puncto Liefer- und Anfahrtswege – wovon selbstredend auch Privatpersonen beim Weg zur Arbeit oder bei Reisen profitieren.

■ Stadtbahnprojekte im Zentralraum

Die zusätzlichen Mittel durch den Oberösterreich-Plan ermöglichen es von Seiten des Landes wichtige Infrastrukturprojekte in den Ballungszentren rasch zu planen und umzusetzen. Dazu gehören die Durchbindung der Mühlkreisbahn zum Linzer Hauptbahnhof und die Stadtbahn Gallneukirchen/Pregarten. Dieser Ausbau der Schieneninfrastruktur ist die Antwort auf den prognostizierten Zuwachs des In-

dividualverkehrs im Zentralraum von drei Prozent. Gleichzeitig erfahren die Pendlerkorridore eine Entlastung. „Wir brauchen eine leistungsfähige Infrastruktur, welche den Ballungs- mit dem ländlichen Raum

„**Wir brauchen eine leistungsfähige Infrastruktur, welche den Ballungs- mit dem ländlichen Raum effizient vernetzt. Das geht nur mit dem ressourcenschonenden Ausbau des Öffentlichen Verkehrs.**“

Mag. Günther Steinkellner
Infrastruktur-Landesrat



effizient vernetzt. Das geht nur mit dem ressourcenschonenden Ausbau des Öffentlichen Verkehrs. Von Landesseite sind die Weichen für die Umsetzung des größten Schieneninfrastrukturprojektes seit dem Zweiten Weltkrieg gestellt. „Mit dem Stadtbahn-Mammutprojekt werden Stausituationen reduziert, die Lebensqualität gesteigert und darüber hinaus Arbeitsplätze geschaffen“, betont Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner.

■ Konjunkturmotor Straßenbau

Darüber hinaus fließen erhebliche Teile der Investitionen in kurz-, mittel- und langfristige Straßenbauprojekte. Von lokalen Straßeninstandsetzungs- und Sanierungsmaßnahmen über den Ausbau von Landesstraßenabschnitten bis hin zu Umfahrungen- und Großprojekten (zum Beispiel in Weyer und Haid oder die Donaubrücke Mauthausen). Im Bereich der Planungs- und Bauunternehmen kann dies als aktive Konjunkturbelebung über einen langen Zeitraum betrachtet werden. „Dieses Maßnahmenpaket ist geballte Konjunktur-Power, wofür zusätzliche Finanzmittel frei gemacht und zielgerichtet eingesetzt werden. Das bedeutet letztendlich, dass im Normalbudget mehr Freiheiten geschaffen werden und somit alle mittel- und langfristigen Großprojekte davon profitieren werden“, fasst Steinkellner zusammen.

Land fördert C-Führerscheine für Feuerwehren

Immer weniger Feuerwehrleute besitzen einen C-Führerschein – der aber nötig ist, um schwere Einsatzfahrzeuge zu steuern. Um dem entgegenzuwirken, fördert das Land nun die Ausbildung mit bis zu 400.000 Euro pro Jahr.

Im Extremfall sind bei einem Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr nicht genügend Florianis vor Ort, die auch berechtigt sind schwere Einsatzfahrzeuge zu führen. Aus Sicht des zuständigen Sicherheitslandesrates Ing. Wolfgang Klinger führt der Trend, dass immer weniger Feuerwehrleute Feuerwehrfahrzeuge über 7,5 Tonnen steuern dürfen, langfristig möglicherweise zu einer Sicherheitslücke, die es zu schließen gilt. Jedoch sollen die freiwilligen Helfer nicht damit belastet werden, dass sie die Ausbildung für den C-Führerschein auch noch selbst tragen müssen. Aus diesem Grund fördert auf Initiative von Landesrat Klinger das Land Oberösterreich nun diese Ausbildung mit bis zu 400.000 Euro pro Jahr. Gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband hat Klinger ein

entsprechendes Konzept erarbeitet.

„Ich bin selbst seit mehr als 40 Jahren Feuerwehrmann und weiß, wie wichtig es ist, schnell und mit der richtigen Ausrüstung an den Einsatzort zu kommen. In Österreich stützt sich das Feuerwehrwesen Großteils auf die Arbeit und Leitungsbereitschaft freiwilliger Feuerwehrleute ab. Daher ergibt es sich,

dass durch Familie und Beruf nicht immer jeder Kamerad auch zu jeder Zeit verfügbar ist. Je mehr also eine entsprechende Lenkerberechtigung haben, desto besser. Ich sehe es auch als ein Zeichen der Anerkennung der Leistung unserer Freiwilligen Feuerwehren für die Sicherheit unserer Heimat. Mehr Mobilität schafft hier mehr Sicherheit,“ zeigt sich Klinger erfreut über das Ausbildungsmodell für Feuerwehrfahrzeuge.



Ing. Wolfgang Klinger
Sicherheitslandesrat



Landtagsbeschluss: Härtere Strafen für Tierquälerei

In den letzten Monaten kam es zu einer spürbaren Zunahme von Fällen grausamer Tierquälerei. Hier darf und kann nicht länger weggesehen werden. Die FPÖ fordert eine Verschärfung der strafrechtlichen Bestimmungen. Eine Resolution an die Bundesregierung wurde im Landtag auch von den anderen Parteien unterstützt.

„Die Fellhäutungen von Katzen in Linz und Graz, die bestialische Drangsalierung mehrerer Wildenten im Bezirk Vöcklabruck, bei der drei Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren zehn Enten geschlagen, getreten, mit Benzin übergossen und angezündet haben, zeigen auf brutale Weise den dringenden Handlungsbedarf“, sprechen sich Klubobmann Ing Herwig Mahr und Naturschutzreferent Dr. Manfred Haimbuchner dafür aus, dass vorsätzliche Tierfolter mit einer Mindeststrafe bedroht sein muss. Zudem müsse der Strafraum erhöht werden. Aktuell würden Fälle oft durch Diversion erledigt werden.

Freie Bauern - Starke Landwirtschaft

Die Freiheitlichen Bauern stehen für den Erhalt unserer einzigartigen Heimat, ihrer bäuerlich geprägten Kulturlandschaft und ihrem Brauchtum. Die Beibehaltung unserer kleinstrukturierten Landwirtschaft ist die Grundlage für zukunftssichere Landwirtschaftspolitik.

Die heimischen Bauern sollen sich daher von dem aus Brüssel diktierten globalen Preiskampf freimachen, dem Österreich mit seiner kleinstrukturierten Hoflandschaft kaum etwas entgegen zu setzen hat. Seit dem EU-Betritt 1995 wurden die Bauern auf dem Weltmarkt geopfert und der dramatische Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe verdeutlicht diese falsche und gefährliche Entwicklung.

Auch die derzeitige Subventionspolitik muss überdacht werden, um regionale, krisensichere und vor allem hochwertige Produktion sicher zu stellen. Gerade Krisenzeiten machen bewusst, wie elementar die Selbstversorgung eines

Landes ist. Wenn die Grenzen geschlossen sind und der Güterverkehr aus dem Ausland stark eingeschränkt ist, wird die Wichtigkeit offenbar, die der Selbstversorgungsfähigkeit zukommt. Unsere Landwirte sind die Garanten dafür, dass die Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln versorgt wird und auch in Krisenzeiten regionale Versorgung sicherzustellen. Um diese Versorgungssicherheit zu gewährleisten, braucht es starke und selbstbestimmte Bauern, faire Preise und eine echte, tiefgreifende Partnerschaft zwischen der Landwirtschaft und den Konsumenten.

Immer wieder hat die Freiheitliche Bauernschaft in Oberösterreich in der vergangenen Wahlperiode in der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer durch zahlreiche Anträge gezeigt, wie freiheitliche Landwirtschaftspolitik aussehen kann und welche Forderungen unseren Bauern helfen, ihre wichtige Aufgabe zu erfüllen.



als Lebensgrundlage

Auch die maßgebliche Mitarbeit der Freiheitlichen Bauernschaft am Regierungsprogramm der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung, mit ihren wichtigen Plänen bezüglich einer verpflichtenden Herkunftskennzeichnungen und anderen wichtigen Vorstößen, hat gezeigt, dass freiheitliche Bauernvertreter engagiert und motiviert für die Interessen der heimischen Landwirte eintreten.

Kleinstrukturiert

Gleich zu Anfang definierte das damalige Regierungsprogramm, auf Initiative der Freiheitlichen Bauernschaft, die Wichtigkeit der Landwirtschaft für Österreich: „Das Schicksal unserer Heimat ist eng mit unserer Landwirtschaft verbunden. Österreich kann nur frei sein, wenn seine Landwirtschaft imstande ist, die Bevölkerung mit einem Selbstversorgungsgrad von 100 Prozent mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen. Wir bekennen uns zu einer bäuerlichen und dezentral strukturierten Landwirtschaft abseits von Agrarfabriken. Ein freier und leistungsfähiger Bauernstand ist Voraussetzung für den Erhalt der natürlichen Existenzgrundlagen unserer Heimat. Eine flächengebundene land- und forstwirtschaftliche Produktion nimmt auf das kleinräumige natürliche Gleichgewicht Rücksicht, schont die natürlichen Ressourcen und schafft die für Österreich typische bäuerliche Kultur- und Erholungslandschaft. Abgesehen von der land- und forstwirtschaftlichen Produktion hat der Bauernstand eine besondere volkswirtschaftliche Bedeutung für die Erhaltung der Kulturlandschaft, den Schutz der alpinen Siedlungsräume, für die Eigenversorgung mit gesunden Lebensmitteln, für die Krisenversorgung und

für die Erhaltung der Landeskultur. Der Arbeitsplatz Bauernhof ist ein hohes Gut. Die Struktur der bäuerlichen Familienbetriebe als Vollerwerbsbetriebe ist vor den Verzerrungen der europäischen Agrarpolitik zu schützen.“ Diese Aussagen bleiben nach wie vor das grundlegende Programm freiheitlicher Agrarpolitik.

Vor allem die Forderung nach einer durchgängigen, einheitlichen und verpflichtenden Herkunftskennzeichnung als Grundlage für einen fairen Preis und größtmögliche Transparenz für den Verbraucher, ist für Freiheitliche Bauernschaft ein wichtiges Anliegen. Dabei orientiert sich die Forderung der Freiheitlichen Bauern an dem französischen Modell („Geburtsland-Aufzuchtland-Schlachtland“). Nur wenn alle drei Produktionsstufen in Österreich vorgenommen wurden, darf die Herkunftskennzeichnung „Österreich“ vergeben werden. Sinngemäß soll das auch für andere Lebensmittel – etwa Honig – umgesetzt werden. Im Gegensatz zu anderen Gütesiegeln, die keine Garantie für durchgängige österreichische Qualität bieten, ist für den Konsumenten dann sofort ersichtlich, welche Produkte nach heimischen hohen Qualitätsansprüchen hergestellt wurden und welche Produkte diesen Standards nicht entsprechen.

Zudem soll auch der regionale Konsum weiter attraktiviert werden, etwa indem die gesetzlichen Bedingungen für die Direktvermarktung verbessert werden, beispielsweise durch Erleichterungen bei der Registrierkasse und praxistauglichere Hygienevorschriften für bäuerliche Direktvermarkter.



LH-Stv. Haimbuchner

Wir brauchen „Freie Bauern“

Unsere Heimat Österreich ist durch eine Kulturlandschaft geprägt, die Generationen von Bauern geformt und gepflegt haben. Traditionen und Brauchtum sind im bäuerlichen Alltag und Jahreskreis entstanden und bilden einen Teil unserer Identität.

Gleichzeitig erzeugen unsere Bauern hochwertige und gesunde Lebensmittel und stellen die Versorgung der Bevölkerung auch in Krisenzeiten sicher. Wenn man daher von Landwirtschaft spricht, dann spricht man auch immer von Wirtschaft am Land. Wir müssen dann aber auch von Menschen sprechen, die unsere Landschaft, unsere Kultur und Traditionen pflegen. Die Landwirte sind viel zu sehr in dem Fördersystem gefangen und sollten wieder freier handeln dürfen. Das derzeitige System macht es ihnen aber alles andere als leicht. Man hat immer mehr den Eindruck, dass es seitens der EU gewollt ist, dass die kleinstrukturierten Bauernhöfe schließen und nur noch die Großbetriebe wirtschaftlich arbeiten können.

Die negative Entwicklung der vergangenen Jahre muss daher aufgehalten und umgekehrt werden. Das Ziel freiheitlicher Agrarpolitik auf allen politischen Ebenen muss sein, ein Umdenken herbei zu führen und einen Wertewandel einzuleiten, um unsere landwirtschaftlichen Betriebe zu stärken. Eine Wertschätzung gegenüber den Landwirten und ihren Produkten in Form eines fairen Preises sollte daher wieder selbstverständlich werden!

Ihr

 Landeshauptmann-Stellvertreter
 Dr. Manfred Haimbuchner
 Landesparteiobmann





Wohnbau:

Oberösterreich-Plan macht das Land wieder stark

Es ist ein Investitionsplan der Superlative: Insgesamt 1,2 Milliarden Euro werden in den nächsten Jahren zusätzlich am Standort Oberösterreich investiert. Damit werden die Unternehmen gestärkt und Arbeitsplätze gesichert. Kernbereiche sind Wohnbau und Infrastruktur.



LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner
Wohnbaureferent

Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, wie fragil das internationale Wirtschaftssystem ist und dass hier Absicherungsmaßnahmen dringend notwendig sind. Oberösterreich ist die Herzkammer der heimischen Wirtschaft und der Motor des österreichischen Exports. Die Grundlage hierfür sind nicht Billiglöhne, sondern Know-how und Innovation. Um diese Fähigkeiten zu stärken werden in den nächsten Jahren in Oberösterreich zusätzlich 1,2 Milliarden Euro investiert. Insgesamt werden durch dieses Paket Gesamtinvestitionen von 2,5 Milliarden Euro ausgelöst, die eine Hebelwirkung von vier Milliarden Euro für Oberösterreich auslösen. Geld, mit dem die Unternehmen Projekte umsetzen, investieren und Arbeitsplätze sichern und schaffen können.

■ Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not

Grundlage für dieses Mega-Paket ist der ausgeglichene Haushalt der letzten Jahre, der maßgeblich durch die Regierungsbeihilfe der Freiheitlichen Partei möglich wurde. Diese vernünftige Haushaltspolitik zahlt sich nun aus, sodass mit dem Paket zum Beispiel Projekte in den Bereichen Aus- und Weiterbildung, Landwirtschaft und Soziales gefördert werden können. Einen Kern der Investitionen bilden der Wohnbau sowie die Infrastruktur. Das ist besonders sinnvoll, da die hier investierten Gelder den Menschen vor Ort zugute kommen und die heimische Wirtschaft stärken. So zeigte eine kürzlich veröffentlichte Studie, dass mit dem jährlichen Wohnbaubudget von 290 Millionen Euro ein Wertschöpfungshebel von 460 Millionen Euro erreicht wird. Allein damit werden 5.461 Arbeitsplätze im Land gesichert. „Oberösterreich ist jetzt schon Saniierungsmeister in Österreich. Diesen Titel werden wir verteidigen. Daher werden wir in meinem Verantwortungsbereich eine Nachhaltigkeits-Offensive im Wohnbau starten und energetisch nachhaltige Projekte unterstützen“, stellt Landeshaupt-

mann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner in Aussicht. Um die Dimensionen der Maßnahmen zu verdeutlichen: Durch den OÖ-Plan stehen allein zusätzliche 50 Millionen Euro für eine Nachhaltigkeits-Initiative im Wohnbau zur Verfügung. Das entspricht der gleichen Summe, die der Bund für gesamt Österreich eingesetzt hat.

■ Wohlstandsgrundlage „Infrastruktur“

Eine funktionierende Infrastruktur ist das Rückgrat der heimischen Wirtschaft. Durch das Oberösterreich-Paket werden nun wichtige Projekte angeschoben, die sowohl Arbeitsplätze sichern als auch eine hohe wirtschaftliche Wertschöpfung in Oberösterreich erzielen.

„Gerade in konjunkturell heiklen Zeiten wie diesen, stellen Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur im Bereich unserer Landesstraßen, unserer Brücken oder unserer Schieneninfrastruktur wichtige Impulse dar. Mit dem 449 Millionen Bau-Power-Paket ist Oberösterreich gut gewappnet, den nun erforderlichen konjunkturellen Aufschwung nach der Krise erfolgreich zu gestalten und zur wirtschaftlichen Erholung in ganz Österreich und Europa beizutragen“, so Landesrat für Infrastruktur Mag. Günther Steinkellner.

Volles Pflegegeld für Familien

Bei der Videokonferenz der Landesfamilienreferenten Ende Oktober wurden die von Oberösterreichs Familien-Landesrat, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner eingebrachten Anträge einstimmig beschlossen.

Konkret soll die Anrechnung von der erhöhten Familienbeihilfe bei gleichzeitigem Bezug von Pflegegeld gestrichen werden. Ein Kind mit einem Behinderungsgrad von mehr als 50 Prozent hat Anspruch auf die erhöhte Familienbeihilfe in Höhe von derzeit 152,90 Euro. Wird gleichzeitig Pflegegeld bezogen, reduziert sich der Betrag bisher um 60 Euro.

„Beeinträchtigte Kinder haben besondere Bedürfnisse und einen erhöhten Pflegebedarf. Insbesondere deren Eltern sind oft mit außergewöhnlichen Belastungen, auch in finanzieller Hinsicht, konfrontiert. Eine teilweise Anrechnung der erhöhten Familienbeihilfe auf das Pflegegeld steht dem entgegen. Damit Kinder mit Beeinträchtigung und deren Familien die notwendige Unterstützung erfahren, ist von dieser Regelung abzu-

gehen und das Pflegegeld bei gleichzeitigem Bezug der erhöhten Familienbeihilfe in vollem Umfang zu gewähren“, führt Haimbuchner aus.

Fonds auf Kernleistungen beschränken

Aus dem Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) werden unter anderem Kinderbetreuungsgeld, Familienbeihilfe und Schülerfreifahrt finanziert. Seit 2003 verzeichnet man im FLAF Defizite. Ende 2019 lag der Schuldenstand bei mehr als drei Milliarden Euro. Die FLAF-Einnahmen hängen von der Entwicklung der Beschäftigung, den Löhnen und der Konjunktur ab.

„Die extrem hohe Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit aufgrund der Corona-Pandemie im heurigen Jahr werden ein noch größeres Loch in den FLAF reißen. Des-



„**Die extrem hohe Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit aufgrund der Corona-Pandemie im heurigen Jahr werden ein noch größeres Loch in den FLAF reißen.**“

Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

halb fordere ich Gegenfinanzierungsmaßnahmen, indem der FLAF wieder auf die ursprünglichen Kernleistungen beschränkt wird und Quersubventionierungen von Bereichen, die in die Zuständigkeit anderer Ressorts fallen, beendet werden“, ist Haimbuchner über den klaren Konsens und die Zustimmung zu seinen Anträgen über alle Parteigrenzen hinweg erfreut.

Foto: Land OÖ



Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.



Gemeinsam gegen islamistischen Terror

Der islamistische Terroranschlag von Wien war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ein Verbrechen gegen unsere freie Gesellschaft und ein feiger Mord. Doch statt warmer Worte müssen nun Taten folgen. Es sei an der Zeit, die Realität zu sehen und zu erkennen, dass man Österreich nicht länger eine Insel der Seligen in der Mitte Europas ist, die durch ihre Neutralität für alle Zeiten geschützt und auf die die Ereignisse in Europa und der Welt keinen Einfluss haben. Manfred Haimbuchner fordert deshalb Konsequenzen und ein genaues Hinschauen, wo dem Staat und den Gerichten die Hände gebunden sind. Extremisten, die sich gegen die Gesellschaft stellen oder sich nicht integrieren müssen ausgebürgert werden.

Vier Todesopfer und zahlreiche Verletzte hat der Terroranschlag von Wien gefordert. Neben einer genauen Aufklärung der Hintergründe des oder der Täter, sind weitere Fragen offen. Etwa seit wann sich der Attentäter in Österreich aufgehalten hat und ob die Behörden über dessen Gefahrenpotenzial Bescheid wussten. Und nicht zuletzt: Wie viele Gefährder gibt es in Österreich und werden alle rechtsstaatlichen Mittel ausgeschöpft, um diese wieder loszuwerden? Angesichts solcher Herausforderungen könnte es sich Österreich laut Haimbuchner nicht leisten, das Bundesheer finanziell auszutrocknen und bei der Polizei Personal einzusparen. „Unser Dank gilt den Einsatzkräften und den couragierten Zivilisten, die geholfen haben.“

Darüber hinaus forderte Haimbuchner

„
**Bundesheer, Polizei, Zivilcourage.
Im Kampf gegen den Terrorismus
brauchen wir jeden einzelnen
Bürger und wir brauchen vor allem
endlich eine ordentliche Finanzierung
unserer Sicherheitsbehörden.
Für mich steht fest: Niemals
werden wir dem Islamismus auch
nur einen Millimeter weichen!**“

Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

klare Kante bei Gefährdern: „Wer sich als islamistischer Gefährder und Terrorist gegen unsere Gemeinschaft wendet und ihr durch seine österreichische Staatsbürgerschaft auch noch formal ange-

hört, der muss aus dieser Gemeinschaft verstoßen werden können. Hier müssen wir eine politische und gesellschaftliche Diskussion über die Schaffung der rechtlichen Grundlagen von Ausbürgerung beziehungsweise Entzug der Staatsbürgerschaft beginnen.“ Gleiches gilt für Gefährder und Terroristen, die hierzulande Schutz vor Folter und Tod in der Heimat suchen, diesen Status jedoch missbrauchen. Die Genfer Flüchtlingskonvention sieht explizit vor, solche Personen schnellstmöglich abzuschieben.

Dieser Anschlag reihte sich ein in einen seit Jahrzehnten andauernden islamistischen Kampf gegen unsere westliche Welt, gegen unsere abendländische Kultur und gegen unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung. Dieser Terror schwellte lange im Herzen Europas und ist in den letzten Tagen und Wochen in einigen Ländern mit großer Kraft und immenser Wucht neu aufgeflammt. „Als Bürger dieses Landes werden wir diesem Terrorismus niemals weichen und wir werden zeigen, dass wir gewillt sind, unsere Kultur, unsere Freiheit und unser Land notfalls mit allen Mitteln zu verteidigen“, so Haimbuchner.

Ökosozialistische Planwirtschaft stoppen

Die Corona-Krise belastet nicht nur den Staatshaushalt massiv, sondern auch die Unternehmen. Und mit ihnen sind zahlreiche Arbeitsplätze gefährdet. „Doch statt eine zukunftsorientierte Industriepolitik zu betreiben, kämpfen EU-Kommission und Bundesregierung beharrlich gegen die Grundpfeiler des Wohlstands“, spart FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner nicht mit Kritik.

Der Wohlstand Oberösterreichs wird durch Know-how, Innovation und unternehmerischen Mut begründet. Das Rückgrat hierfür bildet die heimische Industrie. Infolge der schwarz-grünen Corona-Maßnahmen mussten zahlreiche Unternehmen für immer schließen, deren Mitarbeiter wurden in die Arbeitslosigkeit gedrängt. Auch Schlüsselbetriebe wie MAN oder FACC bauen Stellen ab oder lösen ihren Standort auf.

Dennoch führt die Europäische Kommission mit ihrem sogenannten Green Deal einen gezielten Kampf gegen die heimische Wirtschaft. Die Industrie soll binnen weniger Jahre zur Klimaneutralität gezwungen werden. Dafür wird tief in die Wirtschaft mittels planwirtschaftlicher Züge eingegriffen. Das ist in der Praxis jedoch vielfach schon gescheitert. Ideologisch kämpft man gegen den Verbrennungsmotor. Die Auto-Abgasnorm Euro 7 der EU wäre das Ende des Verbrennungsmotors und der Verlust von hunderttausenden Arbeitsplätzen und ein empfindlicher Schlag in der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft.

■ Haimbuchner fordert „Ende von industriefeindlichen Maßnahmen“

Der deutsche Autobauer Daimler möchte künftig im großen Stil in China Motoren fertigen lassen, BMW verlagert die Produktion von Verbrennungsmotoren nach Oberösterreich. „Das ist angesichts der angespannten Arbeitsmarkt-

lage erfreulich. Jedoch dürften solche Standortentscheidungen künftig immer seltener werden oder ganz ausbleiben. Immerhin kommen auch von der schwarz-grünen Bundesregierung fatale Signale an die Automobilindustrie und gegen den Verbrennungsmotor“, so Haimbuchner.

So kündigte Vizkanzler Werner Kogler (Grüne) eine Erhöhung der Normverbrauchsabgabe (NoVA) an. Je unattraktiver die Bundesregierung den Kauf von Verbrennungsmotoren macht, desto stärker entzieht sie damit der heimischen Autoindustrie den Boden. „Dass die Grünen das nicht verstehen, leuchtet mir ja noch ein, von der ÖVP hätte ich mir diesbezüglich allerdings mehr Weitblick erwartet“, fordert Haimbuchner ein Ende der industriefeindlichen Politik.



Die EU hat bis 2050 das Ziel der Klimaneutralität. Der Abbau der Förderung für fossile Brennstoffe wird bis 2025 forciert. Das geht zu Lasten der starken europäischen Automobilindustrie, allein in Österreich betrifft das 400.000 Arbeitsplätze. Die teils utopischen Pläne der EU müssen verhindert werden, um die heimische Automobilindustrie zu retten.

Dafür ist es nötig, koordiniert alle Antriebsarten zu erhalten und auszubauen. Es wird der EU-Plan, sich auf die E-Mobilität zu versteifen, weder ausreichen noch funktionieren. Statt E-Auto-Lobbyisten sollten in der EU lieber kompetente Techniker, Entwickler und Forscher in der Automobilindustrie zu entsprechenden Lösungskonzepten beitragen.

Rettung der heimischen Automobilindustrie

Mit 4,952 Mio. Fahrzeugen gibt es in Österreich rund 146 Mal mehr Verbrenner-PKW als Elektroautos. Eine Vielfalt von unterschiedlichen Kraftstoffen wäre wichtig, um die Rohstoffabhängigkeiten zu reduzieren. Trotz eines CO₂-Einsparpotentials von 65 % verhindert in Deutschland das Bundesumweltamt die Zulassung von künstlichen, emissionsarmen Dieselmotoren. Lieber konzentriert man sich als neue Strategie auf die E-Mobilität.

Die FPÖ sieht das anders: Investitionen in die Dekarbonisierung von Kraftstoffen sind jedenfalls vernünftig. Denn bis zu einer Alltagstauglichkeit von Elektroautos und der dafür nötigen Infrastruktur wird es noch lange dauern. Bis dahin muss es umweltfreundlichere Möglichkeiten für die auf den Straßen befindlichen Verbrenner geben. Dazu muss auf EU-Ebene umgedacht werden.



Danke

für Euren Einsatz!